Brandmauer nach rechts | Seite 2
Kampagne gegen Björn Höcke

Wärmenetz zur Stadt | Seite 3
Rekommunalisierung der Fernwärme

Wasser für alle | Seite 4
Freibad für Friedrichshain

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#04 klar.links
Juli/August 2023
33. Jahrgang

Meine Sicht.

Kein Mietenkanzler nirgends

Eigentlich war die Botschaft auf den Plakaten der SPD im Bundestagswahlkampf 2021 eindeutig: Wer faire Mieten wolle, der müsse Olaf Scholz wählen. In den ersten 100 Tagen seiner Kanzlerschaft sollte es sogar ein gesetzliches Mietenmoratorium geben.
Gut anderthalb Jahre ist Olaf Scholz inzwischen Kanzler. Doch neue Gesetze zum Schutz der Mieterinnen und Mieter? Bis heute: Fehlanzeige!
Nicht einmal Indexmietverträge, die die Inflation ungebremst auf die Mieten noch einmal obendrauf schlagen, wurden beschränkt. Geschweige denn, dass der versprochene Mietenstopp eingeführt oder die Mietpreisbremse scharf gestellt worden wären. Das Ergebnis: Die Mieten steigen weiter und weiter.
Auch die im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP versprochene Wiederherstellung des Vorkaufsrechts der Kommunen lässt noch immer auf sich warten. Die Folge: Auch der Ausverkauf unserer Stadt geht schleichend weiter.
Kurzum: Die Ampelkoalition im Bund ist ein Totalausfall für die Mieterinnen und Mieter unserer Stadt. Auf ein Machtwort von Olaf Scholz wartet man bis heute vergebens. Gestartet als selbsternannter Mietenkanzler ist auch er offenbar umgehend als Bettvorleger der Immobilienlobby gelandet.

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestages

Skandalöser Start

Mieterhöhungen, Selbstbedienung und Repression mit neuem Senat

Die neue Regierung aus CDU und SPD ist gerade einmal wenige Tage im Amt und schon offenbart sich, wessen Interessen sie besonders vertritt und wessen nicht.
Ihre erste Amtshandlung noch am Donnerstag nach der katastrophalen Wahl Kai Wegners zum Bürgermeister erst im dritten Wahlgang, war die Zerschlagung der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS). Diese setzt sich gegen Diskriminierung ein und stellt für alle Berliner*innen eine Beschwerdestelle (Ombudsstelle) zur Verfügung. Außerdem fördert sie Projekte, die sich gegen jegliche Diskriminierung und für Gleichbehandlung und den Schutz von Marginalisierten wie Geflüchteten, von Rassismus oder Antisemitismus Betroffenen, von Obdachlosen, queeren oder sozial benachteiligten Menschen einsetzen.
Auf massiven Druck von Verbänden und von uns als Linksfraktion sowie der Grünen-Fraktion wurde der Zerschlagungsbeschluss in der folgenden Senatssitzung wieder rückgängig gemacht.
Allerdings folgte kurz darauf der nächste Skandal: Das politische Personal für Senator*innen und Staatssekretär*innen wurde massiv erweitert und sie erhielten zugleich kräftige Gehaltserhöhungen auf über 8.000 Euro Bruttomonatslohn. Solche Gehälter erreichen andere Beschäftigte nach Jahrzehnten Tätigkeit im öffentlichen Dienst nicht und übersteigen den Monatslohn von Berliner Durchschnittsverdienenden um ein Mehrfaches!
Parallel dazu kündigt Gaebler, der Senator der SPD-geführten Verwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen das Ende des von der Linksfraktion unter der Rot-Grün-Roten Regierung erstrittenen Mietenmoratoriums bei den Landeseigenen Wohnungen zum Jahresende an. Trotz bestehender Wirtschafts- und Energiekrise und obwohl viele Berliner*innen nicht wissen, wie sie über die Runden kommen und die steigenden Mieten bezahlen sollen.
Außerdem hat die neue Regierung einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik eingeleitet, was mehr Abschiebungen, weniger Humanität und keinen besonderen Einsatz mehr für Bleibeperspektiven bedeutet. Auf meine Frage an die Innenverwaltung, ob sich die neue Landesregierung für eine bundesweite Bleibeperspektive und die Ausnutzung landesrechtlicher Spielräume beim Bleiberecht für die Roma*-Minderheit einsetzen werde, hieß es nur kaltherzig, dies sehe der neue Koalitionsvertrag nicht mehr vor. Als ob sich diese Regierung frei machen kann von der historischen Verantwortung und von humanitären Grundsätzen!
Als Berliner LINKE sagen wir dieser unsozialen und reaktionären Politik den Kampf an und werden an der Seite der Stadtgesellschaft, der Mieter*innen, der Geflüchteten und der Gewerkschaften unseren Protest und unseren Einsatz für ein Berlin für Alle, ob auf der Straße oder im Parlament, entgegensetzen!

Elif Eralp, Mitglied des Abgeordnetenhauses für DIE LINKE

Im Gespräch bleiben

Mit dem Umgang von Vertreter*innen der »Letzten Generation« befasste sich die BVV in ihrer Mai-Sitzung. Nicht zum ersten Mal und wieder auf Antrag der CDU-Fraktion. Diesmal sollte beschlossen werden, dass die Klimaaktivist*innen keine Räumlichkeiten des Bezirkes mehr nutzen dürfen. Hintergrund waren zwei Veranstaltungen dieser Vereinigung im Dezember letzten Jahres im Kiezraum auf dem landeseigenen Dragonerareal.
In einer sehr persönlichen Rede brachte ich mein Unverständnis über diesen Antrag und seine Zielrichtung zum Ausdruck. Es ging nicht nur um die Nutzung von Räumlichkeiten, sondern auch um die Verurteilung von angeblich strafbaren Handlungen. Die Berliner Staatsanwalt betont bisher, dass die Proteste der Klimaaktivist*innen im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts grundsätzlich Versammlungen im Sinn des §8 Grundgesetz seien. Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung sind nicht gerechtfertigt. Auch, wenn die neue Justizsenatorin das anders sieht.

unsplash / Markus Spiske

Ich verstehe die Verzweiflung von Vertreter*innen der Letzten Generation angesichts der nicht ausreichenden Bemühungen der Bundesregierung für das Erreichen des 1,5 Gradziels bei der Erderwärmung. Apelle und Demonstrationen gab es inzwischen unzählige, ohne sichtbare Erfolge. 140 neue Autobahnprojekte hat die FDP im letzten Koalitionsausschuss rausgehandelt, aber beim Heizungsgesetz wird auf die Bremse getreten. Da finde ich es gerechtfertigt, dass Aufmerksamkeit auf andere Weise generiert wird. Unter anderem durch Blockierung auf Straßen.
Die Forderungen der Aktivist*innen, für ein Tempolimit auf Autobahnen, die Einberufung eines Gesellschaftsrates und andere, verhallen aktuell in einem Diskurs, der letztlich auf fast schon rituelle Art und Weise stetig eskaliert. Angesichts dieser Tatsache muss es Räume geben, in denen miteinander geredet wird. Gerade in einem Bezirk wie unserem.
Andere Institutionen sind da schon weiter. Die St. Thomas Kirche gewährte Vertreter*innen der letzten Generation im April Obdach in ihrem Gotteshaus inklusive Pressekonferenz und gemeinsamen Frühstücks. Weil das Ziel, die Bewahrung der Schöpfung, ein gemeinsames sei.
Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit breiter Mehrheit von Linken, SPD und Grünen abgelehnt.

Ben Gross

Regine Sommer-Wetter, Bezirksverordnete der LINKEN FHain-Xberg

Gefahr von rechts

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es eine so drängende Gefahr durch eine extrem rechte Partei gegeben wie aktuell durch die AfD. Diese lehnt sich, besonders durch den Thüringer Landtagsabgeordneten Björn Höcke und dessen Programmatik, immer häufiger an den historischen Nationalsozialismus an.
Die Gründe für die hohen Zustimmungswerte zur AfD liegen zum Teil in den falschen oder fehlenden Antworten auf die Unsicherheiten, die durch Inflation und soziale Verwerfungen, Krieg oder Klimakrise entstehen, finden sich aber auch in der mangelhaften Abgrenzung zu dieser Partei der Rassisten. Zu viele verwechseln »demokratisch gewählte Partei« mit »demokratischer Partei« – Ersteres ist Faktum, Letzteres ist die AfD auf keinen Fall.

Hoecke-ist-ein-Nazi.de

Schon 2019 hat ein Verwaltungsgericht klargestellt, dass Höcke als »Faschist« bezeichnet werden kann. Vor einigen Wochen hat das bundesweite Bündnis Aufstehen gegen Rassismus (AgR) deshalb mit der Kampagne »Höcke ist ein Nazi« begonnen.
Die Benennung als Nazi erfolgt, weil der Begriff angemessen ist und sich ausführlich begründen lässt.
Im Unterschied zu anderen europäischen Parteien am rechten Rand, etwa in Ungarn oder Italien, versucht Björn Höcke »den deutschen Faschismus – den Nazismus – wiederzubeleben«. Björn Höcke versucht den historischen Nationalsozialismus durch eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« reinzuwaschen und er ist der Motor der Faschisisierung der AfD. Über Pegida, Reichsbürgern, Freien Sachsen und dem »Institut für Staatspolitik« in Schnellroda arbeiten Höcke und sein Netzwerk längst am Aufbau und der Radikalisierung einer Bewegung, die bereits jetzt Geflüchtetenunterkünfte angreift und gegen Kommunalparlamente aufmarschiert. Diese Einsicht stellt die Klammer der Kampagne dar.
Um diese Verdrehung der spezifisch deutschen Geschichte zu parieren und einer weiteren Normalisierung und Verharmlosung der AfD entgegenzuwirken, hat sich die Kampagne mehrere Ziele gesetzt.
Eine bereits rissige Brandmauer nach rechts soll renoviert und verstärkt werden. Damit ist die notwendige gesellschaftliche Ächtung der Höcke-AfD, ihrer Ziele und Methoden gemeint, die stark daran arbeitet, die Unabhängigkeit der Presse auszuhöhlen und die Rechte von Geflüchteten mit Füßen zu treten.

Die Scheuklappen ablegen

Aufstehen gegen Rassismus möchte bundesweit Menschen ermutigen und dabei unterstützen, vor Ort gegen die AfD aktiv zu werden und Proteste gegen öffentliche Auftritte und Mobilisierungen der Höcke-AfD zu organisieren. Ein Schwerpunkt wird der Protest gegen den AfD-Europaparteitag in Magdeburg Ende Juli sein, zu dem Busanreisen aus Berlin organisiert werden. Die LINKE-Friedrichshain-Kreuzberg wie auch der Landesvorstand rufen ebenfalls dazu auf, daran teilzunehmen.
AgR bietet neben der Verschickung ihres Kampagnenmaterials, auch die Durchführung von Veranstaltungen an.
Die 2024 anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden zum Gradmesser, wie weit das Ziel der Höcke-AfD aufgeht, die parlamentarische Demokratie zu zerschlagen und einen Systemwechsel herbeizuführen.
Die AfD hat nicht erst dann gewonnen, wenn sie regiert, sondern wenn es keinen organisierten Protest mehr gegen sie gibt.

René Paulokat, aktiv im Bündnis Aufstehen gegen Rassismus

Damiano Valgolio auf dem Warnstreik der Beschäftigten von Vattenfall

Sozial und ökologisch

Die Berliner Fernwärme soll endlich in öffentliche Hand

Mitte Juni haben bei bestem Sonnenschein hunderte Beschäftigte von Vattenfall die Köpenicker Straße zwischen Kreuzberg und Mitte in Beschlag genommen. Mit einem ganztägigen Warnstreik und einer Protestkundgebung vor dem Heizkraftwerk haben sie Druck für ihre Tarifforderung gemacht. Sie fordern eine deutliche Tariferhöhung und bessere Vergütung für die Auszubildenden. Ich habe in einem Grußwort den Streikenden und ihrer Gewerkschaft ver.di die Unterstützung der Berliner LINKEN zugesagt. Angesichts explodierender Preise müssen auch die Gehälter steigen. Sonst bezahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Reallohnverlusten den Preis für die Inflation. Es ist absurd, wenn Unternehmen, die selbst Preise erhöhen, um ihre Profite zu steigern, von ihren Beschäftigten dann Lohnzurückhaltung verlangen, um die Inflation nicht weiter anzuheizen. Unter den Streikenden waren auch viele Beschäftigte der Vattenfall Wärme Berlin AG. Diese Konzerngesellschaft betreibt in Berlin das Fernwärmenetz. DIE LINKE macht sich dafür stark, dass die Fernwärme rekommunalisiert wird. Das Land Berlin soll die Gesellschaft von Vattenfall kaufen. Der Konzern hat bereits Verkaufsbereitschaft angezeigt, derzeit läuft ein Bieterverfahren. Ziel muss eine vollständige Rekommunalisierung sein. Wird der Kauf der Fernwärme hingegen mit dem Ankauf von GASAG-Anteilen verbunden, könnten weiter private Konzerne mitmischen. Die Rekommunalisierung würde den Beschäftigten Sicherheit geben.
Dass öffentliches Eigentum auch im Interesse der Arbeitnehmer ist, zeigt sich derzeit bei der Stromnetz Berlin GmbH. Auch dieser Bereich gehörte ursprünglich zum Vattenfall-Konzern und ist inzwischen vom Land Berlin gekauft worden. In der laufenden Tarifrunde konnten ver.di und die Geschäftsführung relativ schnell zu einem guten Ergebnis kommen. Die Stromnetz-Kollegen waren deshalb bei dem Warnstreik Mitte Juni schon gar nicht mehr dabei.
Die Rekommunalisierung der Fernwärme ist aber nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern im Interesse aller Berlinerinnen und Berliner. Die Versorgung der Haushalte und Betriebe mit Wärme ist Teil der Daseinsvorsorge. Sie gehört in öffentliche Hand, ebenso wie die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas oder der ÖPNV. Diese Güter und Dienstleistungen sollen nicht der Gewinnmaximierung privater Konzerne dienen. Sie müssen sicher und bezahlbar allen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Das geht nur durch die öffentliche Hand. Die Unsicherheiten und Preiskapriolen bei der Energieversorgung mit

dem Beginn des Ukraine-Krieges haben gezeigt, dass der freie Markt keine Versorgungssicherheit gewährleisten kann. Deshalb muss der Senat die Rekommunalisierung der Fernwärme schnell zum Abschluss bringen. Auch der Vattenfall-Konzern sollte schnell mit dem Land Berlin in konkrete Verhandlungen eintreten, anstatt über undurchsichtige Bieterverfahren zu versuchen, den Preis nach oben zu treiben.
Die Rekommunalisierung der Fernwärme ist auch aus ökologischen Gründen dringend erforderlich. Denn nur mit öffentlichem Eigentum kann die Wärmewende gelingen. Fast 30 Prozent der Wärmeversorgung in Berlin erfolgt durch Fernwärme. Diese wird überwiegend in einzelnen Großkraftwerken erzeugt. Deshalb ist hier die Umstellung auf klimaneutrale Erzeugung deutlich einfacher durchzusetzen als bei hunderttausenden privaten Heizungsanlagen.

Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Hitzewellen und Dürre entgegenwirken!

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat im Jahr 2021 durch einen BVV-Beschluss den Auftrag erhalten, noch im selben Jahr ein Entsiegelungskonzept zu erstellen. Ein Ziel war die Reduktion versiegelter Flächen im Bezirk um 10 Prozent bis 2026. Dieses Konzept wurde 2021 und auch 2022 nicht vorgelegt. Noch immer warten wir auf das Ergebnis. Das Bezirksamt gibt an, nicht über genügend Personal und Ressourcen zu verfügen. Es werden lediglich vom Land Berlin finanzierte kleine Projekte realisiert, z. B. aktuell die Entsiegelung das Carl-Herz-Ufers. Auch deshalb hat unsere Fraktion unter anderem in der Bezirksverordnetenversammlung den Antrag »Entsiegelung und Gestaltung ermöglichen« eingebracht. Den Antrag habe ich gemeinsam mit Personen aus der Zivilgesellschaft entwickelt: Wer bei der Entsiegelung unseres stark versiegelten Bezirkes anpacken wollen, sollen ohne viele bürokratische Hürden die Möglichkeit dazu bekommen. Die Friedrichshain-Kreuzberger*innen sind in der Grünflächenpflege bereits sehr aktiv: Sie legen Grünflächen an, pflegen sie und haben auch schon viele Flächen wieder entsiegelt. Das Ziel ist, den Bezirk mittel- und langfristig klimaresilient zu machen. Mit entsiegelten Flächen ist der Bezirk besser auf die sich zuspitzende Klimakrise mit ihren Dürrejahren und Hitzerekorden im Wechsel mit Starkregen vorbereitet. Denn auf Beton und Asphalt fließt Regenwasser ungenutzt in die Kanalisation ab und kann nicht an der Oberfläche verdunsten oder versickern.
Wieso also warten, bis die Bezirkshaushalte genügend Geld für diese wichtige Klimaanpassungsstrategie bekommen, wenn die Leute schon bereitstehen und ihre WoMen*power einbringen wollen? Das Bezirksamt soll einen Prozess gestalten, wie Bürger*innen relativ niedrigschwellig in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt solche Flächen, die sich dazu eignen, entsiegeln können.
Der Bezirk, das Land Berlin, der Naturschutzbund und weitere Stellen haben schon genügend Flächen identifiziert. Jetzt fehlt nur noch der Startschuss.

unsplash / Gabriel Alenius

Wäre Berlin nicht bebaut,

... würden 25 Prozent des Regenwassers im Grundwasser landen und etwa 75 Prozent würden verdunsten. In Berlin ist jedoch der Boden zumeist versiegelt, sodass ein Großteil (50 %) des Berliner Regens in die Kanalisation abfließt, 10–14 Prozent zu Grundwasserneubildung führen und nur etwa 30 Prozent verdunsten können.
In unserem Bezirk gibt es sogar noch weniger Verdunstungsmöglichkeiten. Flächen für Versickerung zu schaffen, ist hier eine günstige Maßnahme, um diesen Effekt zurückzudrehen.

Ben Gross

Karolin Behlert, Bezirksverordnete der LINKEN FHain-XBerg

Termine

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11–18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Juli/August 2023

Bezirksübergreifende Veranstaltungen
- 26. August: Strand-Party, Halbinsel Stralau
- 1. Juli: Kiezfest, 14–18 Uhr, Krautstraße/ Lange Straße
- 8.7.: Kiezspaziergang zu diskriminierenden Vorfällen und rechter Gewalt in Kreuzberg, 12–14 Uhr

Ortsverband Friedrichshain Südost
- Mitgliederversammlung: 3.7., 19 Uhr Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordost
- Mitgliederversammlung: 6.7., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain West
- Stammtisch: 20. Juli, 19 Uhr, Prager Hopfenstube
- Mitgliederversammlung: Kiezfest: 1. Juli, 14–18 Uhr, Krautstraße/Lange Straße

Ortsverband Kreuzberg
- Mitgliederversammlung: 6.7., 19 Uhr im Familiengarten, Oranienstraße 34 (Hinterhof), 10.8. open air
- Social Media AG Kreuzberg: vorauss. 12.7. und 9.8. jeweils 18:30 Uhr, WKB Meiser/Eralp, Zeughofstraße 22

AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau
- Monatliches Treffen: 13.7. und 10.8. jeweils 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Meiser/Eralp, Zeughofstraße 22

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Bürger:innensprechstunde:
Do., 10.8., 16.30–18.00, Wahlkreisbüro, Zeughofstraße 22 (Kreuzberg)

Kostenlose anwaltliche Erstberatung: 19.7., 16–18 Uhr, Wahlkreisbüro, Zeughofstraße 22 (Kreuzberg), um Anmeldung wird gebeten

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de
Öffnungszeiten: Mo., 10–16 Uhr und Mi., 12–18 Uhr

Bürger:innensprechstunde: Juli auf Anfrage und Di.,15.8. jeweils 15:30–17:30 Uhr

Rechtliche Erstberatung für Aufenthalts- und Antidiskriminierungsrecht: 28.8. um 16–18 Uhr

Aktion: Kiezspaziergang zu diskriminierenden Vorfällen und rechter Gewalt in Kreuzberg: Samstag, 8.7., 12–14 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdA
DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179-5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de
Bürger:innensprechstunde: auf Anfrage

Kostenlose anwaltliche Erstberatung:
25.7. um 15–17 Uhr, Roter Laden, um Anmeldung wird gebeten

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Bürgersprechstunde: 7.7. um 10:30–11:30 Uhr

Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg:innen (Anmeldung erforderlich): 13. Juli um 15:30–17:30 Uhr

Schwimmbadsterben stoppen!

Freibad für Friedrichshain

Die Temperaturen sind in diesem Sommer bereits auf schweißtreibende Werte angestiegen und was kann es an solchen Tagen Besseres geben als einen Sprung ins kühle Nass. Doch wohin springen, wenn es kaum noch Schwimmbäder in unserem Bezirk gibt.
In Friedrichshain hat das letzte Schwimmbad, die Schwimmhalle an der Holzmarktstraße, vor 5 Jahren geschlossen. Die Wiedereröffnung ist für 2025 geplant, das Nutzungskonzept noch unklar. Schon vor der Schließung war das Bad nur noch für Vereine nutzbar. Wer als Friedrichshainerin oder Friedrichshainer im Winter schwimmen gehen wollte, muss entweder nach Kreuzberg fahren oder nach Prenzlauer Berg. Wer sich im Sommer abends nach der Arbeit oder am Wochenende erfrischen will, wird in Friedrichshain keine Abkühlung finden. Ende Mai hat dann auch noch das letzte intakte Hallenbad in Kreuzberg geschlossen, das Spreewaldbad wird den Sommer über saniert. Dass die Sanierungsarbeiten bis zum Ende der Freibadsaison abgeschlossen sind, kann man nur hoffen. Das Kreuzberger Baerwaldbad ist aufgrund des teuren Sanierungsaufwands im zweistelligen Millionenbereich bereits seit 2017 geschlossen. Damit bleibt das Sommerbad Kreuzberg an der Prinzenstraße das letzte verbliebene Freibad in Friedrichshain-Kreuzberg.
Alle vier Tage schließt in Deutschland ein Hallen- oder Freibad. In Berlin wurde seit Mitte der 1990er Jahre jedes Fünfte Bad dicht gemacht. Dabei sind Schwimmbäder elementarer Bestandteil der kommunalen Infrastruktur. Immer weniger Kinder können schwimmen. Dieser Trend hat sich in der Zeit der Corona-Pandemie noch verschärft. Einerseits sind die Schwimmkurse eh schon völlig überfüllt und die Wartelisten lang, andererseits können es sich auch nicht alle Eltern leisten, ihr Kind in einem kilometerweit entfernten Schwimmbad für den Schwimmunterricht anzumelden.
Mit dem Verschwinden von Schwimmbädern, verschwinden auch soziale Orte. Orte, an denen sich Familien mit ihren Kindern einen entspannten Nachmittag machen können, wo sich Freund*innen nach der Schule treffen und wo es nach dem Toben im Wasser zur Erholung Pommes Schranke gibt. Für viele sind die Erinnerungen an die Kindheit und die vielen Stunden im Freibad unvergessen. Die Erinnerung an die ersten Schwimmversuche, an das stolze Gesicht der Mutter, als es endlich klappte oder das essbare Löschpapier, das es am Freibadkiosk gab oder die leckere Currywurst mit Pommes, die am besten schmeckte nach dem Toben im Becken.
Friedrichshain fehlt so ein Ort und Kreuzberg darf seine letzte nicht verlieren. Und das muss es auch nicht, denn es ist keine Naturgewalt, dass ein Schwimmbad dauerhaft schließen muss. Dahinter stecken politische Entscheidungen und klamme Haushaltskassen. Es ist aber auch eine politische Entscheidung, wo Geld reingesteckt wird.
Und es könnte so einfach sein, Berlin ist eine Stadt am Wasser. Die Spree fließt durch die ganze Stadt. Nachdem die Wasserqualität der Spree lange Zeit viel zu schlecht war, um darin baden zu können, sieht das heute anders aus. Idee für Spreebäder gibt es viele. Wir müssen sie nur umsetzen. Wie wäre es in Friedrichshain mit einem Strandbad, spreeseitig an der Spitze der Stralauer Halbinsel? Seit Jahren wird hier schon wild gebadet, aber der Eingang und auch der Untergrund sind unsicher, eine*n Bademeister*in gibt es nicht.
DIE LINKE in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg hat deshalb bereits vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, die Nutzung eines Freibades an der Stralauer Halbinsel zu prüfen. Ein Strandbad für Friedrichshain.
Es wäre kein Hexenwerk, es wäre machbar. Und es würde einen neuen sozialen Ort in Friedrichshain schaffen, einen an den alle gerne gehen, unabhängig davon, ob sie schon immer hier gewohnt haben oder gerade erst dazu gezogen sind, ob sie gerade vom Schichtdienst kommen oder aus dem Home Office. Es wäre ein Bad für alle.

Kerstin Wolter, Co-Bezirksvorsitzende der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 26. Juni 2023
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de